



Nr. 42

25. November 2015

Inhalt

[Prozessbevollmächtigter des dbb: Tarifeinheitsgesetz verstößt gegen Gleichheitsgrundsatz+++](#)

[Bundesinnenminister im „dbb magazin“:](#)

[Wir bleiben aufs Höchste wachsam – Weitere Personalaufstockung „nicht auszuschließen“+++](#)

[Demografiestrategie: Jugendliche besser über berufliche Perspektiven im öffentlichen Dienst informieren+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Heini Schmitt neuer Landesbundvorsitzender des dbb Hessen+++](#)

[DBB NRW Hauptvorstand trifft sich in Düsseldorf+++](#)

[dbb sachsen-anhalt mit Initiative erfolgreich: Aus Ruhestand zurück in den aktiven Dienst+++](#)

[Knecht: Aufgaben der öffentlichen Hand kaum noch zu schultern+++](#)

[NBB kritisiert Entscheidungen zum Landeshaushalt 2016+++](#)

[VBE: Gute Schule muss Teilhabe an Gesellschaft gewährleisten können+++](#)

[OECD-Ländervergleich: VDR sieht sich in seinem Kurs bestätigt+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Prozessbevollmächtigter des dbb: Tarifeinheitengesetz verstößt gegen Gleichheitsgrundsatz

(dbb) Im „dbb magazin“ (Ausgabe Dezember 2015) hat der Prozessbevollmächtigte des dbb in der Verfassungsbeschwerde gegen das Tarifeinheitengesetz (TEG), Prof. Dr. Wolfgang Däubler, die Gründe für den Gang nach Karlsruhe präzisiert. „Es gibt kaum einen namhaften Juristen, der das Gesetz für verfassungsmäßig hält“, sagte der Experte von der Universität Bremen. Das Scheitern der Anträge im Einstweiligen Verfügungsverfahren vom Marburger Bund und anderen Verbänden sehe er nicht als Fingerzeig bezüglich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). „Das BVerfG hat ausdrücklich klargestellt, dass auch eine Minderheitsgewerkschaft streiken kann, selbst wenn ihr Tarifvertrag zunächst gar nicht zur Anwendung kommt. Weiter hat das Gericht betont, dass nicht nur die Koalitionsfreiheit verletzt sein könnte. Vielmehr sei zu prüfen, ob nicht auch ein Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip vorliege, weil das Verfahren zur Feststellung der Mehrheit völlig unklar geblieben ist.“ Mit diesen Aussagen könne man durchaus zufrieden sein, so Däubler.

Als Argumente, die von anderen Beschwerdeführern nicht genannt worden seien, führte der dbb-Prozessbevollmächtigte drei Punkte an: „Erstens ist der Gesetzgeber verpflichtet, den sozialen Sachverhalt genau zu erforschen, den er regeln will.“ Beim TEG habe sich die Parlamentsmehrheit nicht wirklich um die Realität gekümmert, sondern einfach Konflikte unterstellt, die es so gar nicht gibt. In Antworten der Bundesregierung auf Anfragen von Linkspartei und Grünen zu den Gründen der geplanten Entscheidung sei deutlich geworden, dass sie nur Vermutungen hatte.

„Zweitens haben wir im Einzelnen ausgeführt, weshalb das Verfahren zur Feststellung der Mehrheit nicht rechtsstaatskonform ist. Nur ein Argument von vielen: Das Verfahren ist so aufwendig, dass es typischerweise erst nach zwei Jahren beendet ist, wenn die fraglichen Entgelttarifverträge schon wieder außer Kraft getreten sind. Drittens verstößt das TEG auch gegen den Gleichheitsgrundsatz, weil Organisationen ohne ausreichenden Grund ungleich behandelt werden. Wer sich von vornherein auf Gruppen stützt, die in der Belegschaft nur eine Minderheit darstellen, wird diskriminiert.“
(01/42/15)

Bundesinnenminister im „dbb magazin“: Wir bleiben aufs Höchste wachsam – Weitere Personalaufstockung „nicht auszuschließen“

(dbb) Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat bekräftigt, dass die Sicherheitsbehörden nicht erst seit den terroristischen Anschlägen in Paris jedem einzelnen Hinweis auf eine terroristische Bedrohung in Deutschland nachgehen und „aufs Höchste wachsam“ bleiben. „Unsere Aufgabe ist es, alles Menschenmögliche zu tun, um die Menschen vor weiteren Anschlägen zu beschützen. Dazu zählen natürlich auch diejenigen, die bei uns Schutz suchen, weil sie als Opfer des Terrors vor ihm fliehen“, sagte de Maizière dem „dbb magazin“ (Ausgabe Dezember 2015). „Wichtig ist mir, dass wir dem Terror nicht in die Hände spielen und vorschnell einen Bogen zur Debatte um das Thema Flüchtlinge schlagen. Damit würden wir den Terroristen, die die Erbsubstanz unserer Zivilgesellschaft zerstören und uns spalten wollen, nur in die Falle gehen, ohne an Sicherheit zu gewinnen. Die Sicherheitsbehörden gehen auch jedem Hinweis nach, dass Terroristen unter den Flüchtlingen sein könnten. Bisher erfreulicherweise mit negativem Ergebnis. Aber auch hier bleiben wir wachsam“, versicherte de Maizière.

Zu Straftaten in oder aus Flüchtlingsunterkünften sagte der Minister, es gebe zwar einzelne Unterkünfte mit Problemen, aber auch viele, in denen überhaupt keine Schwierigkeiten auftreten. „In einer ersten Lageübersicht zeigt sich,

dass Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft straffällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung.“ De Maizière kündigte an, Mitte Dezember 2015 in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt

und den Bundesländern ein „Bundeslagebild“ vorzulegen. Dies sehe er „als einen wichtigen Beitrag an, um Gerüchte und Stimmungsmache mit Fakten zu bekämpfen“.

Der Bundesinnenminister äußerte sich auch zum Schutz der EU-Außengrenzen: „Der effektive Schutz der Schengen-Außengrenzen vor ungesteuerter, auch illegaler Migration hat für uns Priorität, auch um den gemeinsamen Schengen-Raum erhalten zu können.“ Bis jetzt leiste Deutschland den größten personellen Unterstützungsanteil in der EU. „Auch vor diesem Hintergrund werden wir die Bundespolizei weiter personell entlasten“, fügte de Maizière hinzu. So habe das Bundeskabinett mit dem Haushaltsentwurf 2016 insgesamt 538 zusätzliche Planstellen vorgesehen, darüber hinaus seien ab 2016 bis 2018 jährlich je 1.000 zusätzliche Planstellen für die Bundespolizei ausgedacht worden. „Die Bundesregierung weiß um den hohen Einsatz der Polizistinnen und Polizisten und ich sehe, dass sie trotz aller Überstunden ihre Arbeit mit Hingabe, Empathie und Anstand erledigen. Das ist nicht selbstverständlich, dafür bin ich dankbar“, so der Minister. Er begrüße, dass der Bundestag mit der „deutlichen Erhöhung der Zuschläge

für Nacht- und Sonntagsarbeit ein spürbares Signal gesetzt hat“. Mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik könne er für den Bund sagen, „dass wir den wachsenden Personalbedarf zum großen Teil durch unbefristete, aber auch durch befristete Neueinstellungen decken werden. Für das Haushaltsjahr 2016 werden für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beispielsweise 3.000 neue Haushaltsstellen sowie Haushaltsmittel für 1.000 befristet einzustellenden Kräfte ausgebracht. Weitere Personalaufstockungen sind – je nach Lage – nicht auszuschließen.“

Über die wachsende Gewalt gegen Beschäftigte in nahezu allen Verwaltungsbereichen sagte de Maizière: „Die zunehmende Verrohung durch Beleidigungen und tätliche Gewalt ist unerträglich.“ Wie sich der Staat auch als öffentlicher Arbeitgeber schützend vor die Beschäftigten stellen müsse und könne, sei ein wichtiges Thema. De Maizière kündigte an, neben verschiedenen tatsächlichen und gesetzgeberischen Maßnahmen die Gesamtproblematik im Frühjahr 2016 bei einer Fachtagung gemeinsam mit dem dbb noch einmal näher zu beleuchten.
(02/42/15)

Demografiestrategie: Jugendliche besser über berufliche Perspektiven im öffentlichen Dienst informieren

(dbb) Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“, die bei der Erarbeitung der Demografiestrategie der Bundesregierung die Belange des Nachwuchses einbringt, tagte zum zweiten Mal seit der Konstituierung am 30. Oktober 2014 in einem der vier Modell-Landkreise. Nach dem Auftakt im Landkreis Friesland im Frühjahr 2015 besuchte die AG nun am 19. und 20. November 2015 den Landkreis Kyffhäuserkreis in Thüringen.

Neben der Vorstellung des Kyffhäuserkreises und der dort bereits ergriffenen Maßnahmen zum Umgang mit dem demografischen Wandel wurde unter Einbeziehung der Ergebnisse des „Jugend-Demografie-Dialogs“ der Jugendlichen des Kyffhäuserkreises weiter an den Handlungsempfehlungen für die Demografiestrategie gearbeitet.

„Bezeichnend an den aktuellen Rückläufen aus den Reihen der jungen Menschen war diesmal die Tatsache, dass die Jugendlichen oft keinen hinreichenden Überblick darüber erhalten, welche beruflichen Perspektiven es für sie gibt und welche Vielfalt vor allem der öffentliche Dienst als Arbeitgeber insbesondere im ländlichen Raum zu bieten hat“, berichtete dbb Jugend-Vorsitzende Sandra Kothe, die Mitglied

der Arbeitsgruppe ist. „An diesem Punkt ist also in Sachen Information noch Einiges zu tun, und es ist gut, dass sich der dbb mit seiner Nachwuchskampagne ‚Die Unverzichtbaren‘ hier angesichts der Untätigkeit zu vieler öffentlicher Arbeitgeber schon vor einigen Jahren an die Spitze der Bewegung gesetzt hat“, betonte Kothe.

Die Kampagne „Die Unverzichtbaren“ informiert seit 2013 im Internet und an tausenden Schulen in Deutschland über die Berufsvielfalt des öffentlichen Dienstes und nennt zu jedem Berufsbild konkrete Anlaufstellen für die Ausbildung. Mehr dazu online unter www.die-unverzichtbaren.de.
(03/42/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Heini Schmitt neuer Landesbundvorsitzender des dbb Hessen

(dbb) Auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag des dbb Hessen am 24. November 2015 in Gießen wurde Heini Schmitt mit überzeugender Mehrheit zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der 54-jährige Polizeioberst, der Ute Wiegand-Fleischhacker im Amt nachfolgt, sagte den Delegierten eine engagierte, transparente und von Kommunikation geprägte Zusammenarbeit zu.

Neu in die Landesleitung wurde als stellvertretender Landesvorsitzender der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) in Hessen, Michael Volz, berufen. Neuer Landeschatzmeister wurde der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Müller, der Birgit Kannegießer ablöst. Sie wurde in ihrem Amt als stellvertretende Landesvorsitzende

ebenso bestätigt wie Reinhold Petri und Richard Thonius. Der Gewerkschaftstag bekräftigte zudem den Beschluss des dbb Landesbundes, gegen die Verweigerung der Besoldungserhöhung für die hessischen Beamten im Jahr 2015 durch die hessische Landesregierung Klage zu erheben.
(04/42/15)

DBB NRW Hauptvorstand trifft sich in Düsseldorf

(dbb) Gute Nachrichten hatte DBB NRW-Vorsitzender Roland Staude bei der Hauptvorstandssitzung am 23. November 2015 zur Rekrutierung von pensionierten Beamten zu vermelden. Kurz zuvor hatte die Landesregierung eine Gesetzesinitiative gestartet, mit der die Arbeit von Beamten im Ruhestand im Rahmen der Flüchtlingshilfe neu geregelt werden soll.

Der aktuelle Gesetzentwurf sieht die Möglichkeit vor, Beamte auf Basis eines Angestelltenverhältnisses zu beschäftigen. Befristet für die nächsten zwei Jahre soll das Gehalt dabei nicht auf die Versorgung angerechnet werden. Damit hat die Landesregierung einer Forderung des DBB NRW stattgegeben, der einen finanziellen Anreiz für Beamte bei der Rückkehr aus dem Ruhestand schaffen wollte. „Dadurch ist

ein wichtiger erster Schritt gemacht“, sagte Staude. „Jetzt muss aber auch zusätzlich neues Personal eingestellt werden.“ Darüber hinaus wurden in der Hauptvorstandssitzung die Besoldungsrunde 2015 und das Vorhaben der Landesregierung zum Pensionsfonds thematisiert.
(05/42/15)

dbb sachsen-anhalt mit Initiative erfolgreich: Aus Ruhestand zurück in den aktiven Dienst

(dbb) Auf Initiative des dbb sachsen-anhalt will Landesinnenminister Holger Stahlknecht (CDU) auch Beamtinnen und Beamte aus dem Ruhestand zurückholen, um das Personal in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber und den Landesaufnahmestellen zu verstärken. Der dbb sachsen-anhalt hatte schon vor Monaten vorgeschlagen, Beamte, die schon im Ruhestand sind, auf Honorarbasis oder auf der Basis eines befristeten Arbeitsvertrages zu beschäftigen.

„Ich bin mir sicher, dass es ehemalige Landesbedienstete gibt, die das machen würden. Es muss für sie aber auch finanziell attraktiv sein.

Was wir nicht brauchen, sind komplizierte Hinzuverdienst- und Anrechnungsregelungen bei Rente und Versorgung. Dass es derzeit nur

sieben Interessenten für die Reaktivierung gibt, wundert mich deshalb nicht“, sagte dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck. Er schlug vor, die Hinzuverdienstgrenzen aufzuheben und eine temporäre Ausnahmeregelung zu schaffen, wonach das Einkommen aus der Tätigkeit in einer Landesaufnahmeeinrichtung nicht auf die Versorgung der Beamten angerechnet wird.

Bedienstete aus dem Ruhestand zur Verstärkung des Personals bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation im Land zurückzuholen ist nach Auffassung des dbb-Landesvorsitzenden neben Abordnungen eine geeignete Maßnahme, um Personalengpässe kurzfristig zu behe-

ben. „Für zusätzliche Aufgaben brauchen wir aber zusätzliches Personal. An Neueinstellungen kommen wir nicht vorbei“, so Ladebeck.

Innenminister Stahlknecht kann sich vorstellen, Pensionäre aus dem Ruhestand zurückzuholen, um ihnen administrative Aufgaben in den Flüchtlingsunterkünften zu übertragen. Das Innenministerium hat alle anderen Ressorts gebeten, ebenfalls bei Ruheständlern für eine Tätigkeit in den Aufnahmeeinrichtungen zu werben. Neben Ruhestandsbeamten sollen auch Rentner im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrages für maximal zwei Jahre zum Einsatz im Bereich Flüchtlinge/Asyl kommen. (06/42/15)

Knecht: Aufgaben der öffentlichen Hand kaum noch zu schultern

(dbb) „Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren seine Ausgaben mittels Personalabbau gesenkt, wo es nur konnte. Am einfachsten war die Stellenstreichung per Gießkanne“, sagte der dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht anlässlich einer Festveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der komba- Gewerkschaft am 20. November 2015 vor Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftern in Banzkow. „Wo andere Länder bereits Personal nicht nur bei Polizei und Verfassungsschutz verstärken, hält man sich hier peinlichst an die vom Finanzministerium vorgegebenen Abbauzahlen. Die Bot-schaften der letzten Wochen kommen hier – à la Bismarck – wohl etwas später an“.

Der dbb m-v befürchte, dass – bedingt durch die demografische Entwicklung – ein zu spätes Reagieren dazu führen könnte, dass dann kein geeignetes Personal mehr zur Verfügung steht.

So sei beispielsweise der Lehrermarkt bundesweit praktisch leergefegt, betonte Knecht. (07/42/15)

NBB kritisiert Entscheidungen zum Landeshaushalt 2016

(dbb) Der Niedersächsische Beamtenbund NBB hat die jüngsten Entscheidungen der Regierungsfractionen zum Landeshaushalt 2016 am 18. November 2015 mit deutlichen Worten kritisiert. „Die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der unteren Besoldungsgruppen des Landes und seiner Kommunen können die Entscheidung der Regierungsfractionen nur als Schlag ins Gesicht und als Beweis mangelnder Wertschätzung wahrnehmen“, erklärte NBB-Landesvorsitzender Friedhelm Schäfer. Die Regierungsfractionen hatten beschlossen, keine Nachbesserung bei der vorgesehenen Besoldungs- und Versorgungserhöhung für das Jahr 2016 vorzunehmen.

„Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen hätten es verdient und auch zwingend gebraucht, wie die vergleichbaren Tarifbeschäftigten als Erhöhung in 2016 einen Mindestbetrag zu erhalten“, so Schäfer weiter. Mit Blick auf den bestehenden Besoldungs- und Versorgungsrückstand bekomme diese üngste Entscheidung „einen noch traurigeren Stellenwert“. Die Regierungsverantwortung

Tragenden hätten offensichtlich vergessen, was sozial und gerecht bedeutet. „Finanzierbar wäre eine solche Nachbesserung allemal, das gibt der Landeshaushalt auch für 2016 gesichert her“, zeigte sich Schäfer überzeugt. (08/42/15)

VBE: Gute Schule muss Teilhabe an Gesellschaft gewährleisten können

(dbb) Unter dem Motto „Gute Schule. Wie geht das?“ fand am 20. November 2015 die Herbsttagung des Deutschen Lehrertages 2015 in Dortmund statt. Zu diesem größten bundesweiten Weiterbildungstag für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen hatten sich knapp 800 Teilnehmer angemeldet. Bereits im März hatte die Frühjahrstagung im Rahmen der Leipziger Buchmesse stattgefunden. Veranstalter sind Verband Bildung und Erziehung (VBE) sowie Verband Bildungsmedien.

„Gute Schule braucht eine Gesellschaft, die gut zu ihren Schulen ist“, betonte Udo Beckmann, VBE- Bundes- und Landesvorsitzender NRW. „Insbesondere mit Blick auf die Umsetzung schulischer Inklusion, auf die Beschulung der Flüchtlingskinder und die digitalen Herausforderungen an die Schulen muss klar sein, dass Schulen als Investition gehandelt werden und nicht als Haushaltsbelastung.“ Schule müsse so aufgestellt sein, dass sie jedem Schüler die Perspektive auf gesellschaftliche Teilhabe sichern könne. Aber Schule sei keine Reparaturwerkstatt. Beckmann weiter: „Es ist ein Skandal, dass die Dienstherren auf das Engagement der Kolleginnen und Kollegen setzen und sie dann allein lassen.“

Kein Kind dürfe zum Verlierer werden, aber dafür müssten den Schulen die nötigen perso-

nellen und räumlichen Ressourcen nachhaltig zur Verfügung gestellt werden. „Notwendig sind Doppelbesetzungen in inklusiven Lerngruppen. Die Schülerprognosen müssen mit Blick auf die hinzukommenden Flüchtlingskinder neu aufgestellt und die Bildungsetats der Wirklichkeit angepasst werden. Lehrkräfte müssen zusätzlich eingestellt und der Klassenschlüssel darf nicht nach oben ‚aufgestockt‘ werden. Schule muss auch ein digitaler Schutzort für Schüler und Lehrer sein, damit die hochsensiblen Daten über Kinder, über Familien, über Lehrkräfte nicht in die Hände Unbefugter geraten.“ Die Politik müsse dringend handeln, damit der soziale Frieden nicht gefährdet werden.

(09/42/15)

OECD-Ländervergleich: VDR sieht sich in seinem Kurs bestätigt

(dbb) Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr lobt die OECD Deutschland ausdrücklich für seine reibungslosen Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. Damit erkenne die Organisation endlich eine große Stärke des deutschen Bildungswesens an, konstatierte der Bundesvorsitzende des VDR (Verband Deutscher Realschullehrer), Jürgen Böhm, am 25. November 2015. „Die OECD hat wohl endlich begriffen, dass nicht die Zahl der Hochschulabsolventen entscheidend ist, sondern die Qualität unserer vielfältigen Bildungswege.“

Schon im Mai hatte eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung festgestellt, dass das System der dualen Berufsausbildung jungen Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt erleichtert. Im aktuellen Ländervergleich bescheinigte die OECD der Bundesrepublik nun erneut gute Fortschritte auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit

durch Bildung. Laut Vergleichsdaten für 2014 lag die Quote der 20- bis 24-Jährigen, die nach ihrer Schulzeit weder in Arbeit noch in Aus- oder Weiterbildung waren, hierzulande bei 10,1 Prozent. Der OECD-Durchschnitt lag dagegen deutlich höher bei 17,9 Prozent.

(10/42/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Zur Bewältigung der anstehenden vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom haben der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg Roger

Kehle und der Vorsitzende des BBW – Beamtenbund Tarifunion und dbb Vize **Volker Stich** „ein schlüssiges und für die Bevölkerung nachvollziehbares Konzept“ gefordert. „Wir

brauchen Klarheit und alle, die wir kriegen können: ehrenamtlich Tätige, aktive Beschäftigte und Ruheständler.“ Die Flüchtlingskrise und alles, was damit zusammenhängt, stand im Mittelpunkt der Unterredung, zu der Präsident Kehle und BBW-Spitzenvertreter Mitte November 2015 in Stuttgart zusammentrafen. Präsident Kehle und BBW-Chef Stich waren sich einig, dass der vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann propagierte Kurs, „auf Sicht fahren“ zu wenig sei. Es sei höchste Zeit, dass die Verantwortlichen in Bund und Land Farbe bekennen und sagen, „wie man’s schafft“.

Unter dem Motto „Gemeinsam für eine „gute“ KiTa – die Idee des kompetenten Systems“ hat die komba gewerkschaft am 18. November 2015 in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung ein Symposium in Mülheim veranstaltet. Zahlreiche Fachkräfte, Träger, Vertreter von Kommunen, Politik und Wissenschaft diskutierten darüber, was eine „gute“ KiTa ausmacht. Einig waren sich alle Beteiligten, dass eine „gute“ Kindertagesstätte allen Kindern gleichermaßen gerecht werden soll. Dies sei nur im Zusammenspiel von Bund, Ländern, Kommunen, Fachkräften und Trägern zu erreichen. „Ziel des Symposiums war es, den Blick auf das Gesamtsystem der Kinderbetreuung zu schärfen und zu zeigen, dass ein kompetentes System nicht nur einen Akteur benötigt“, sagte **Andreas Hemsing**, stellvertretender Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft. Die komba gewerkschaft halte einheitliche Qualitätsstandards in Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung für dringend erforderlich.

Der VBE (Verband Bildung und Erziehung) schlägt Alarm, weil Länder und Kommunen die Schulen mit dem Schutz der Daten weitgehend allein lassen. VBE-Bundes- und Landesvorsitzender NRW **Udo Beckmann** hat am 19. November 2015 in Düsseldorf davor gewarnt, den Datenschutz an Schulen auf die leichte Schulter zu nehmen. „Schulen können aufgrund mittelalterlicher IT-Ausstattung keinen ausreichenden Schutz für die hochsensiblen Daten garantieren. Es drohen dadurch Datenlecks, Hacking oder auch unkontrollierter Zugang zu solchen Daten durch ‚interessierte‘ Unternehmen. Es drohen gravierende Verletzungen der Persönlichkeitsrechte der Schüler, der Eltern und der Lehrer. Die Folgen sind unabsehbar.“ Da dies nicht nur in Deutschland ein Problem sei, habe der VBE vor diesem Hintergrund

einen Leitfaden Datensicherheit gemeinsam mit den Partnerverbänden GÖD Österreich und LCH Schweiz entwickelt. Beckmann weiter: „Der VBE fordert die Dienstherren und Schulträger auf, endlich Sicherheit und Schutz für Lehrer und Schulen zu gewährleisten. Es geht hier nicht um Sahnehäubchen, der Umgang mit sensiblen Daten ist Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Schule.“

Zu einem Arbeitsgespräch haben sich der Präsident des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw), Georg Stuke, und der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB), **Wolfram Kamm**, am 19. November 2015 in Köln getroffen. Zentrales Thema der Unterredung war die geplante Reform der Personalgewinnungsorganisation. Die Bundeswehr benötige kompetentes, talentiertes, gebildetes, gut ausgebildetes, leistungsfähiges und leistungswilliges Personal. Dessen Bereitschaft, sich persönlich weiterzuentwickeln, seine Motivation und Berufszufriedenheit bestimmen maßgeblich die personelle Einsatzbereitschaft, Einsatzfähigkeit und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr, hieß es. Es sei geplant, an 16 Standorten in Deutschland in Karrierecentern der Bundeswehr und regionalen Karrierecentern die Aufgaben der Personalgewinnung zu konzentrieren. Die Karriereberatungsbüros bleiben bestehen.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Axel Schäfer** hat sich im Interview mit den „dbb europathemen aktuell“ (Ausgabe vom 20. November 2015) für einen deutlichen Stellenaufbau in der öffentlichen Verwaltung ausgesprochen. „Die öffentlichen Dienste auf allen Ebenen des Staates, die Bundes- und Landespolizei, arbeiten im Augenblick an der Belastungsgrenze und benötigen folglich dringend Verstärkung.“ Der SPD-Politiker lobte den großen Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helfer und der Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen. Diese arbeiteten „bis zur Erschöpfung“. Ihr Engagement, die in Deutschland Schutzsuchenden aufzunehmen, könne nicht hoch genug gewürdigt werden. „Ich bin sehr froh, dass wir in Deutschland eine so leistungsfähige Verwaltung haben“, so Schäfer. Kritisch äußerte sich der Fraktionsvize zur Personalpolitik der vergangenen Jahre. Stete Forderungen nach Stellenabbau und übertriebener Sparzwang seien „fatal“.

(11/42/15)

Termin zum Vormerken:

57. dbb Jahrestagung 2016

„Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“

Köln, 10. bis 12. Januar 2016
